Grübel skeptisch wegen Lage der weltweiten Religionsfreiheit

15. Dezember 2021



Aachen (KNA) Der scheidende Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel (CDU), hat sich skeptisch zur Lage der globalen Religionsfreiheit geäußert. „Leider ist die Situation in der Welt schlechter geworden“, sagte Grübel im Interview auf dem Blog des katholischen Hilfswerkes missio Aachen am Dienstag. „Zugenommen haben sowohl die Verfolgung durch den Staat als auch durch die Gesellschaft. Wir sehen hier eine deutliche Verschlechterung.“

In manchen Ländern sei islamistischer Terror die größte Bedrohung. In anderen Staaten wiederum sei es die „Staatsreligion in Kombination mit Populismus, durch die Minderheiten zu Sündenböcken gemacht werden“, erklärte Grübel. „Aber auch Staatsparteien, die einen absoluten Anspruch verfolgen, wie in China oder Nordkorea, bedrohen die Religionsfreiheit.“

Das Thema interreligiöser Dialog sei sehr wichtig, betonte Grübel. Und: „Die Radikaleren nehmen an solchen Formaten nur sehr selten teil. Deshalb ist der intrareligiöse Dialog wichtig, um die Moderaten mit den Radikaleren ins Gespräch zu bringen. Das ist zwingend nötig, um die Gewalt zu reduzieren.“ In der EU sei die Stelle des Beauftragten für Religionsfreiheit noch immer unbesetzt und auch schlecht ausgestattet. „Wir haben also neben der schlechteren Situation in bestimmten Ländern auch eine Europäische Union, die nicht gut aufgestellt ist im Kampf gegen die Verletzung des Rechts auf Religionsfreiheit“, beklagte Grübel. Die EU müsse aktiver werden, „und sie müsste auch die europäischen Länder in ihrer Arbeit für Religionsfreiheit koordinieren. Da gibt es ja ganz unterschiedliche

Ansätze.“

In der Frage, ob sein eigenes Amt in der Ampelregierung weitergeführt wird, zeigte sich Grübel, der aus dem Amt ausscheidet, „verhalten optimistisch“. Es gebe auch in der SPD, in der FDP und bei den Grünen viele Leute, die für diese Position „hervorragend geeignet“ seien. „Von daher hoffe ich, dass die Stelle gut und kompetent wiederbesetzt wird.“ Insgesamt müsse in der Bundesregierung das Bewusstsein vorhanden sein, dass Religion eine Bedeutung habe, auch für das friedliche Zusammenleben von Menschen weltweit.

© KNA

Beitragsbild: geralt via Pixabay

Stand: 13. November 2026